A-04-001 Frieden braucht Gleichheit: Für die sofortige Anerkennung des Staates Palästina

Antragsteller*in:	KV Altenburg
Beschlussdatum:	02.11.2025
Status:	Zurückgezogen

Titel

Ändern in:
Frieden nach der Shoah – die Sicherheit Israels mit der Selbstbestimmung Palästinas verbinden“

Änderungsantrag zu A-04

Von Zeile 1 bis 2:
~~Wir~~Der folgende Text soll den ursprünglichen Antrag Text ersetzen (ich konnte nicht in die einzelnen Abschnitte hinein.)Wir, die Bundesdelegiertenkonferenz von ~~Bündnis 90/Die Grünen,~~ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bekräftigen unsere Verantwortung aus der Geschichte Deutschlands und aus der Shoah.Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus – insbesondere den fast vollendeten Versuch, alle Jüdinnen und Juden Europas zu vernichten – bestimmen die Leitlinien unserer Nahostpolitik.Daraus folgt: Wir treten ein für ein sicheres, unbedrängtes und selbstverständliches jüdisches Leben in Deutschland und für das unveräußerliche Existenzrecht Israels.Zugleich erkennen wir das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen an, das im Geist des Völkerrechts und in gegenseitiger Anerkennung verwirklicht werden muss.Die Bundesregierung und die Bundesländer sind aufgefordert, alles dafür zu tun, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland in Sicherheit, Würde und Selbstverständlichkeit leben können.
Das Selbstverteidigungsrecht Israels ist unantastbar; es sichert das Recht des jüdischen Staates und seiner Bürger:innen, ohne Terror, Hass und Bedrohung zu leben.Wir erkennen die enorme Spannung und Komplexität der israelischen Sicherheitslage an.
Zugleich verurteilen wir, dass die militärischen Reaktionen der Regierung Netanjahu auf den barbarischen Anschlag der Hamas ihre Rückbindung an das Völkerrecht verloren haben und unermessliches Leid unter der palästinensischen Zivilbevölkerung verursachen.Diese Entwicklung gefährdet die Perspektive auf Frieden und widerspricht dem Geist der Menschlichkeit.
Wir fordern die ~~sofortige~~Bundesregierung auf, die Anerkennung des Staates Palästina vorzubereiten und umzusetzen – eingebettet in einen politischen und völkerrechtlichen Rahmen, der Sicherheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte für alle Menschen in Palästina und Israel garantiert.Eine deutsche Anerkennung kann nur Teil eines internationalen Friedensprozesses sein und setzt eine handlungsfähige, verantwortliche palästinensische Regierung voraus, die das Existenzrecht Israels anerkennt und das Völkerrecht achtet.Gleichzeitig bleibt es Aufgabe der israelischen Regierung, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen nicht nur formal anzuerkennen, sondern in der eigenen Bevölkerung zu verankern und den Weg zu einem souveränen palästinensischen Staat aktiv zu öffnen.Nur durch diese doppelte Verpflichtung – Israels Sicherheit und Palästinas Staatlichkeit – kann die ~~deutsche Bundesregierung~~Grundlage für eine Zwei-Staaten-Lösung geschaffen werden, die dauerhaft Frieden ermöglicht.Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen ist die notwendige Ergänzung zum Selbstbestimmungsrecht Israels – keine Gegenthese dazu.,

Begründung

2. Begründung

Die Grundlage unseres politischen Handelns ist das Bewusstsein, dass der Holocaust das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte war –
begangen nicht von einem anonymen europäischen Faschismus, sondern vom deutschen Nationalsozialismus, von Deutschen, von unseren Vorfahren.
Der Versuch, die Verantwortung dafür einem „europäischen Faschismus“ zuzuordnen, wirkt wie ein untauglicher Versuch,
die historische Tiefe dieser Schuld, die uns alle betrifft, zu verflachen. Deutschland ist mit seiner Geschichte in einer besonderen Verantwortung.
Die Verantwortung für die Greuel des Zweiten Weltkrieges verpflichtet uns individuell und kollektiv jüdisches Leben zu schützen, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten und das Existenzrecht Israels zu verteidigen.

Dass Jüdinnen und Juden in Deutschland heute wieder Angst haben müssen, erfüllt uns mit Scham – und mit dem Entschluss, unablässig daran zu arbeiten, dass sie hier sicher, selbstverständlich und gerne leben.

Gleichzeitig erschüttert uns, dass Israel – für viele Jüdinnen und Juden über Jahrzehnte der sichere Zufluchtsort – seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr denselben Schutz bietet.
Wir verurteilen die Massaker der Hamas zutiefst.
Sie sind ein gezielter Angriff auf die Heilung von der Shoah, auf das Lebensrecht unschuldiger Menschen, auf den Zufluchtsort nach Leid und Elend – und auf jede Aussicht auf Frieden.

Die ungeheuer brutale und masslose Vorgehensweise der Regierung Netanjahu und ihrer Armee in Reaktion darauf, hat gewaltiges und andauerndes Elend hervorgebracht. Sie ist für uns nicht akzeptabel und erschwert es, eine Friedensperspektive zu entwickeln.

Bereits der UN-Teilungsplan von 1947 (Resolution 181) sah die Gründung zweier Staaten im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina vor – eines jüdischen und eines arabischen Staates.
Diese Zweistaatenlösung ist damit seit der Gründung Israels völkerrechtlich angelegt – und bleibt auch heute die einzige realistische Grundlage für einen dauerhaften Frieden.

Für Jüdinnen und Juden markiert das Jahr 1948 den Beginn staatlicher Unabhängigkeit und nationaler Selbstbestimmung nach Jahrhunderten der Verfolgung und Vernichtung.
Für die Palästinenser:innen dagegen steht dasselbe Jahr für die Nakba – arabisch für „Katastrophe“ – für Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden infolge des Kriegs nach der Staatsgründung Israels.
Beide Erfahrungen sind Teil der historischen Realität.
Frieden kann nur wachsen, wenn beide Geschichten als Teil einer gemeinsamen Wahrheit anerkannt und berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist ein Naher Osten, in dem Israels Sicherheit und Palästinas Freiheit keine Gegensätze sind, sondern die Voraussetzung bilden unter der Frieden wachsen kann.

Die anzustrebende Anerkennung Palästinas darf dabei kein symbolischer Akt sein, sondern muss Teil eines ernsthaften internationalen Friedensprozesses werden –
eines Prozesses, der Gewalt ächtet, Verständigung stärkt und die Menschenrechte aller schützt.